

Bericht

des Haushaltsausschusses

über die Selbstbefassung

Vorläufiger Jahresabschluss 2008 der HSH Nordbank AG

Vorsitz: **Barbara Ahrons (i. V.)**

Schriftführung: **Dr. Peter Tschentscher**

I. Vorbemerkung

In der Sitzung am 24. März 2009 fassten die Mitglieder des Haushaltsausschusses einstimmig den Beschluss, das Thema „Vorläufiger Jahresabschluss 2008 der HSH Nordbank AG“ im Rahmen einer Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft zu beraten. Sie verständigten sich weiterhin darauf, die Beratung zunächst in nicht öffentlicher Sitzung im Unterausschuss „Vermögen und Öffentliche Unternehmen“ zu führen. Der Unterausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 31. März 2009 mit der Thematik; der Bericht des Unterausschusses ist als **Anlage** beigefügt.

II. Beratungsinhalt

Die Mitglieder des Haushaltsausschusses nahmen den Bericht des Unterausschusses „Vermögen und Öffentliche Unternehmen“ zur Kenntnis.

Die SPD-Abgeordneten unterbreiteten den Vorschlag, dass sich der Haushaltsausschuss in Selbstbefassung den mittlerweile veröffentlichten Jahresabschluss 2008 der HSH Nordbank vorstellen lasse. Darüber hinaus fragten sie zur Zukunft der Landesbanken, ob über einen neuen bundespolitischen Sachstand berichtet werden könne. Zudem wollten sie zu der Situation in Hamburg wissen, welche Fortschritte das durch die Länderparlamente beschlossene Fortführungskonzept zu verzeichnen habe und ob es bereits eine Vorlage des Aufsichtsrates zur Kapitalerhöhung für die Hauptversammlung gebe. Sie interessierte zudem zu erfahren, wann die 3 Milliarden Euro für die Bank zur Verfügung stünden und wie weit die vorgesehene Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts fortgeschritten sei.

Zur Entwicklung auf Bundesebene führten die Senatsvertreterinnen und -vertreter aus, dass in der vergangenen Woche Gespräche über das weitere Vorgehen mit dem Bundesfinanzminister, dem Bundesbankpräsidenten und dem Leiter des SoFFin stattgefunden hätten. Ab der 21. Kalenderwoche würden Arbeitsgruppensitzungen durchgeführt – der Bund plane noch in dieser Legislaturperiode einen Gesetzesentwurf zu verabschieden, mit dem eine Gesellschaft gegründet werden solle, in die die sogenannten toxischen Wertpapiere ausgelagert werden könnten. Bislang existiere hierzu allerdings noch kein Arbeitspapier oder Gesetzesentwurf. Daneben werde man sich weiter mit dem Modell „Anstalt in der Anstalt“ befassen. Dieses werde jedoch aller Voraussicht nach nicht mehr in der laufenden Legislaturperiode des Bundes verabschiedet, weil diesem Schritt ein zustimmungspflichtiges Gesetz zugrunde liegen

müsse, das aufgrund der hierfür erforderlichen Arbeitsgänge nicht in kurzer Zeit beschlossen werden könne.

Auf die Landesebene bezogen teilten die Senatsvertreterinnen und -vertreter mit, dass die Kapitalerhöhung noch nicht beschlossen sei. Zur Aufsichtsratsvorlage könnten keine Informationen erteilt werden. Die Senatsvertreterinnen und -vertreter äußerten die Ansicht, dass letztlich die Gesellschafter die Kapitalerhöhung beschließen müssten und der Senat sich nach der Ausarbeitung der Grundlagen damit befassen werde. Das sei zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht geschehen. Bezogen auf die Gründung der Anstalt öffentlichen Rechts führten die Senatsvertreterinnen und -vertreter aus, dass diese sich fristgerecht konstituiert habe und die Geschäftsführer bestellt seien. Die Vorbereitungen zur Aufnahme des Kredits zur Finanzierung der Kapitalmaßnahme bei der HSH Nordbank liefen an. Der Unterbau der Anstalt, der erforderlich sei, um die Garantievergabe zu überwachen, werde derzeit strukturiert, wozu in näherer Zukunft eine Unterrichtung des Parlaments vorgesehen sei.

Die SPD-Abgeordneten fragten bezüglich des Garantievertrages, ob darüber bereits Gespräche mit der Bank stattfänden.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter teilten mit, dass es bereits fortgeschrittene Gespräche zur Ausgestaltung des Garantievertrages gebe, die die Wünsche des Parlaments berücksichtigten. Auch hierüber werde in Bälde eine Unterrichtung des Parlaments erfolgen.

Die SPD-Abgeordneten wollten bezogen auf die Gründung der Anstalt wissen, wann mit einer Unterrichtung zu rechnen sei und wie viele Geschäftsführer bestellt seien.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter führten aus, dass die Geschäftsführer von Hamburg und Schleswig-Holstein gestellt würden. Der genaue Zeitpunkt der Veröffentlichung der nachgefragten Drucksache lasse sich noch nicht benennen.

Die SPD-Abgeordneten fragten, ob es inzwischen Erkenntnisse darüber gebe, welche Maßnahmen der Miteigentümer J. C. Flowers zu ergreifen gedenke.

Die Senatsvertreterinnen und -vertreter antworteten mit dem Hinweis auf die laufenden Verhandlungen, dass keine Auskünfte erteilt werden könnten.

Zu dem Beschluss einer Selbstbefassung zum Geschäftsbericht der HSH Nordbank äußerten die CDU-Abgeordneten die Ansicht, dass dessen Thematisierung besser im Unterausschuss Vermögen und Öffentliche Unternehmen angesiedelt werden solle als im Haushaltsausschuss.

Dieser Ansicht widersprachen die SPD-Abgeordneten mit dem Hinweis darauf, dass die Sitzung des Unterausschusses zum vorläufigen Jahresbericht der HSH Nordbank in nicht öffentlicher Sitzung mit Verschwiegenheitsverpflichtung stattgefunden habe. Sie betonten, dass es dringend geboten sei, diesen Bericht auch der Öffentlichkeit vorzustellen, die einen Anspruch auf entsprechende Informationen habe. Der Geschäftsbericht sei zwischenzeitlich über die Homepage der HSH Nordbank verfügbar.

Die Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE äußerten den Wunsch, den Geschäftsbericht in gedruckter Form zu erhalten. Diesem Wunsch schlossen sich die Abgeordneten der anderen Fraktionen an.

Auf eine entsprechende Nachfrage der Vorsitzenden teilten die Vertreterinnen und Vertreter der Bürgerschaftskanzlei mit, dass sie eine entsprechende Anfrage an die HSH Nordbank stellen würden.

Sodann beschlossen die Mitglieder des Haushaltsausschusses einstimmig die Selbstbefassung zu dem Thema „Vorstellung des Jahresabschlusses 2008 der HSH Nordbank“.

III. Ausschussempfehlung

Der Haushaltsausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, seine Beratungen sowie die Beratungen des Unterausschusses „Vermögen und Öffentliche Unternehmen“ zum Thema „Vorläufiger Jahresabschluss 2008 der HSH Nordbank AG“ zur Kenntnis zu nehmen.

Dr. Peter Tschentscher, Berichterstattung

**BÜRGERSCHAFT
DER FREIEN UND HANSESTADT HAMBURG**

19. Wahlperiode

14. April 2009

**Bericht
des Unterausschusses Vermögen und
Öffentliche Unternehmen
an den Haushaltsausschuss**

über die Selbstbefassung mit dem Thema

Vorläufiger Jahresabschluss 2008 der HSH Nordbank AG

Vorsitz: Thies Goldberg

Schriftführung: Thomas Völsch

I. Vorbemerkung

Der Haushaltsausschuss beschloss in seiner Sitzung am 24. März 2009 die Selbstbefassung gemäß § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Hamburgischen Bürgerschaft mit dem Thema "Vorläufiger Jahresabschluss 2008 der HSH Nordbank AG". Der Haushaltsausschuss hat sich weiterhin darauf verständigt, die Selbstbefassung zunächst im Unterausschuss Vermögen und Öffentliche Unternehmen in nichtöffentlicher Sitzung beraten zu lassen. Der Unterausschuss befasste sich in seiner Sitzung am 31. März 2009 mit der Selbstbefassungsangelegenheit.

II. Beratungsinhalt

Gemäß Beschluss des Unterausschusses über die Vertraulichkeit der nichtöffentlichen Beratung ist auf die Protokollierung zu verzichten.

III. Ausschussempfehlung

Der Unterausschuss bittet den Haushaltsausschuss um Kenntnisnahme des vorstehenden Berichtes.

Thomas Völsch, Berichterstattung